

Lob:

Der Verein Pro Südumfahrung, der sich nach eigenen Angaben für eine möglichst rasche Realisierung einer Südostumfahrung stark macht, fordert ein Nacht- und Wochenendfahrverbot über die Breite. Dass die im Verein vertretenen bürgerlichen Parteien und Automobilverbände Freude an dieser Forderung haben, ist nicht anzunehmen. Wie sich nun aber offenbart, zeigt einzig die **Junge SVP** Rückgrat und zieht ihre politische Haltung konsequent durch. Sie tritt aus dem Verein aus, weil der immer mehr zu einem Anhängsel der Interessensgemeinschaft Breite werde. Wie die Junge SVP in einem Communiqué schreibt, distanzieren sich die Jungpartei von Vereinen, welche sich nur für das Wohl eines einzelnen Wohngebietes einsetzen, anstatt für jenes der ganzen Stadt. **rü.**

Neue Partei: «Keine dumme Idee.»

Der Freisinn und die Christdemokraten sind geschwächt und auf der Suche nach Inhalten. Ist die Zeit also reif für eine neue Mittepartei, die für die Wählerschaft attraktiver ist als die beiden schwadronierenden Traditionsparteien? Hier und dort ertönen Rufe nach einer Alternative zu den Mitteparteien. Wie realistisch die Neugründung einer Partei für die Mitte ist, unter welchen Voraussetzungen sie entstehen könnte und wie sie sich positionieren würde: die Einschätzung der Politologen.

Der Ruf nach einer neuen Partei der Mitte tönt zwar verhalten, aber er ist da. Nachdem der Politologe und Leiter des GfS-Forschungsinstitutes bereits im Dezember öffentlich von der möglichen Neugründung einer Partei gesprochen hat, äusserte am vergangenen Sonntag auch der FDP-Nationalrat Yves Guisan, dass er sich eine neue politische Bewegung in der Romandie vorstellen könnte. Ist eine neue Partei Wunschenken von Politologen und einiger enttäuschter Romands aus FDP und CVP oder ist es eine Alternative zu den schwachen Mitteparteien FDP und CVP?

Baldige Weichenstellung.

Longchamp formuliert mittlerweile vorsichtiger, was die Entstehung einer sozialen Bewegung bis hin zu einer neuen Partei betrifft: «Es gibt dahingehende Bestrebungen von einzelnen Parlamentariern aus der Westschweiz, und es gibt Bestrebungen rund um den ehemaligen LDU-

Präsidenten Peter Schaller.» Wie wahrscheinlich eine Neugründung sei, wäre eine andere Frage. Sicher einmal müssten nach seiner Ansicht folgende Voraussetzungen erfüllt sein: Entweder eine erhebliche Wahlniederlage von FDP und CVP in den Kantonen oder eine deutliche Abspaltung von Politikern dieser Parteien. «Sollte wirklich eine wichtige Gruppe abspringen, würden das zuerst Personen aus der Romandie sein oder ein Teil der Frauen.» Nach seiner Einschätzung ist man heute aber noch nicht so weit: «Es gibt noch kein Dutzend, das abspringen will; es sind bloss einzelne.» Nach Longchamps Prognose wird es in den kommenden sechs Monaten eine Weichenstellung geben. Als weisend bezeichnet er sowohl die kantonalen Wahlen als auch die Abstimmungsergebnisse vom 16. Mai. Bei den kantonalen Wahlen, angefangen in St. Gallen und Uri, werde man genau hinsehen müssen, ob sich nicht die SVP zur

grossen Konkurrentin der FDP etabliert. «In sechs Monaten werden wir mehr wissen.» Auch der 16. Mai soll etwas Klarheit schaffen: «Werden Steuerparket sowie die 11. AHV-Revision angenommen und die Mehrwertsteuer abgelehnt – also ein rechtes Szenario –, würde das ohne Zweifel dazu führen, dass sich die FDP noch mehr der SVP annähert. Das würde den Druck auf den Bundesrat erhöhen und in der Parteienlandschaft wohl eine Gegenbewegung auslösen.» Unter diesen Voraussetzungen fände die Gründung einer neuen Partei eher statt. Wird hingegen alles abgelehnt, wird der Bundesrat weiterhin eher im Zentrum politisieren. «Heute haben wir einen Bundesrat, der rechts von der Mitte politisieren könnte. Aber es herrscht nicht die Stimmung dazu! Diese rechte Grundstimmung wurde herbeigeredet, aber sie ist einfach nicht da. Es stimmt auch nicht, dass die Mitte geschwächt ist – heute gibt es praktisch gleich viele Mittewählende wie vor fünf Jahren, rund 35 Prozent» Geschwächt seien bloss die politischen Repräsentanten.

Wie sieht die neue Partei aus?

Falls eine neue Partei denn doch gegründet würde, könnte sie nach Longchamps Einschätzung etwa so aussehen: Sie müsste klar zum Ausdruck bringen, dass sie eine Regierungspartei sein will und dass sie zur Konkordanz steht. «Sie sollte sachorientierter politisieren und weniger stark personenorientiert. Zudem müsste sie dem Charakter der Zentrums politik mehr Ausdruck geben.» Eine Fortsetzung der Landesring-Politik sei gar nicht nach Longchamps Vorstellungen: «Der LDU ist als Oppositionspartei gegen die Konkordanz entstanden. Genau das brauche es nicht.» Von der Weltanschauung her könne es hingegen sehr wohl sein, dass eine neue Partei sich im Spektrum des ehemaligen LDU bewegen würde: modern und sozialliberal. Aber: «Wir brauchen eine Partei, die klar Regierungspolitik betreibt und das bürgerliche Zentrum stärken will.» Weitere Stichworte zu den politischen Inhalten: mehr Ethik in der Wirtschaft, vernünftigeres Verhältnis zum Ausland, Arrangement mit der EU,

gesellschaftspolitisch ein eher liberales Programm, eine vernünftige Ausländer- und Asylpolitik.

«Es gibt keine Basis.»

Am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern glaubt man nicht an die Gründung einer neuen Partei. «Ich bin sehr skeptisch», sagt der Berner Politologe Hans Hirter. Und zwar deshalb, weil das für heutige FDP- und CVP-Mitglieder heissen würde, dass sie erst einmal abspringen müssten; «und das ist nicht attraktiv». Die Erfahrung zeige, dass neue Parteien eigentlich nicht in der Mitte entstünden, sondern links und rechts aussen. Sollte tatsächlich der Hardliner Weigelt zum neuen Präsidenten werden und die Partei «ganz nach rechts rücken», würden nach Hirters Ansicht wohl einzelne Kantonalparteien aus der Partei austreten. «Es wird aber nie eine Masse sein, die die Partei verlässt.» Und so fehle die Basis für eine neue politische Kraft. Wahrscheinlicher scheint Hirter, dass sich die FDP wieder fangen wird: Sie dürfte sich dann zwar stärker rechts positionieren, «aber so, dass auch der linke Flügel noch Platz hat». Für die CVP erwartet er eine ähnliche Entwicklung: Etwas prononcierter dürfte sie werden. Alles in allem, so Hirters Prognose, werde die Mitte wohl nach wie vor von CVP und Freisinn abgedeckt werden. Ähnlich skeptisch auch die Einschätzung der Politologin Regula Stämpfli. Sie arbeitet als Politikwissenschaftlerin in Brüssel und Bern. «Die Gründung einer neuen Mittepartei schliesse ich für die kommende Legislatur sicher aus.» Klar sei, dass sich CVP und FDP Gedanken machen müssten, wie sie sich jeweils als grosse Traditions- und Volksparteien in der neuen polarisierten Landschaft positionieren können. Auch Stämpfli sieht gute

Chancen, dass sich die FDP wieder fängt. Die nötige Rezeptur? «Es gibt innerhalb der FDP Bestrebungen, die Partei im Sinne einer Rückführung auf die klassischen liberalen Ideale zu erneuern.» Ein Modernisierungsprogramm, welches sich an die freiheitlichen Traditionen erinnert und wie es beispielsweise in den USA praktiziert und gelebt wird, wäre für die FDP auch in der Schweiz wählerattraktiv.» Die FDP würde in ihren Augen gut daran tun, etwas langfristiger und programmorientierter zu arbeiten und besser politisch zu kommunizieren. «Dass dies die Freisinnigen in einer neu-konstruierten Partei besser könnten als in einer reformorientierten FDP, ist wenig einsichtig.» Als politische Inhalte könnte sich Stämpfli etwa die Reform des Stiftungsrechts vorstellen oder die nationale Erbschaftssteuer, die Einrichtung von Tagesschulen oder die Zurückbindung der Steuerprogression. «Das könnte der FDP durchaus als Modernisierungspartei zwischen den klassischen Polen links-rechts positionieren.» Allerdings zeige das Beispiel Deutschland, wie schwer sich der Freisinn europaweit damit tue, seine Stellung zwischen zwei Parteien zu halten. Man dürfe aber nicht vergessen, dass der Freisinn in der Schweiz eine lange Tradition habe. «Ich glaube, dass der Freisinn durchaus ein Erneuerungspotenzial hat.» Auch für den Zürcher Politologen Andreas Ladner ist es unwahrscheinlich, dass mittelfristig eine neue Partei entstehen wird. «Was nötig wäre, ist nicht unbedingt das Realistischste.» Eine neue Partei der Mitte sei keine dumme Idee; allerdings werde sie schon seit einigen Jahren immer wieder diskutiert. «Aber ich bin sehr skeptisch, dass sich Leute finden lassen, die so etwas auf die Beine stellen wollen und können.» Er zweifelt daran, dass man genügend Zugpfer-

de finden werde: «Dazu braucht es Personen, die keine Angst davor haben, ihre politische Zukunft zu gefährden. In der Regel wollen Politakteure ihre Chance nicht schmälern, dass sie wiedergewählt werden.» Zu gross sei das Risiko, dass man mit einer neuen, unbekannteren Partei einen Sitz verliert. «Man muss ihnen etwas versprechen können. Im Moment ist nicht absehbar, wie gross dieses Potenzial ist.»

Für eine starke Wirtschaft.

Wenn überhaupt, so glaubt auch Ladner, könne sich eine neue Partei höchstens aus einem En-bloc-Übertritt ergeben. Eine homogene, schlagkräftige Gruppe von Personen, die dafür in Frage kämen, sei aber noch nicht in Sicht. Eher erwartet er, dass die Parteien wieder eine Form von Zusammenleben finden. «Und dann werden sie sich in vier Jahren wundern, dass es doch nicht so richtig funktioniert hat.» Die Neubildung einer Partei sei keine einfache Sache – wenn es denn doch dazu kommen sollte, sieht der Zürcher Politologe Bedarf an einer Partei, die die Wirtschaft unterstützt, aber nicht nach reiner Shareholder-Logik: «Man müsste eine nachhaltigere Wirtschaft propagieren.» Sie dürfte kompetitiv sein, müsste aber in einem volkswirtschaftlichen Kontext auch die volkswirtschaftliche Verantwortung tragen. «Eine Partei für eine starke Wirtschaft, die sich bei Strukturbereinigungen aber auch um Arbeitsplätze kümmert. Die Leute wollen erklärt haben, warum die Banken hohe Gewinne machen und dennoch Mitarbeitende entlassen», sagt Ladner. Hier bräuchte es einen anderen Umgang. «Im Moment halte ich es für durchaus sinnvoll, eine neue Partei als Alternative zu propagieren.»

Marion Eberhard.

Tadel:

Schelte für die Zerstörungen im Sulzer-Hochhaus durch dessen autonome Besetzer gibt es nicht nur von Stadtrat, Parteien und Hausbesitzer Stefanini. Auch in der linksautonomen Szene werden die **Randalierer** getadelt. Auf der einschlägigen Website www.indymedia.ch schreibt ein Kritiker: «Wenn ihr doch ehrlich seid, habt ihr drei Tage lang gekifft, gesoffen und dazu Punk-Musik gehört (...) Mehr war's nicht.» Und unter dem Pseudonym Schliermer Chindä meint ein anderer, im Hochhaus habe «eine Horde besoffener Babypunks die autonome Subkultur (...) benutzt, um ihr leeres Gehirn zu präsentieren». Sie oder er folgert: «Was spricht dagegen, diese Vollidioten aus unseren Demos usw. zu entfernen und diesen hirnlosen Vandalismus abzuklemmen?» **nm.**

